

Herbstsession 2021

Sessionsrückblick - 3. Woche



Schweiz - EU

Der Nationalrat wird die Zahlung der Kohäsionsmilliarde an EU-Staaten noch in dieser Session beraten - und nicht erst in der Wintersession. Der Rat hat einem entsprechenden Ordnungsantrag von FDP und SP am Montag mit 93 zu 88 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt. "Nach dem Verhandlungsabbruch durch den Bundesrat braucht es Bewegung in dieser Sache", sagte der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. Die Hochschulen und die Forschung warteten auf diesen Entscheid. Der Ständerat wird das Geschäft am Donnerstagmorgen beraten, der Nationalrat am Donnerstagabend. Gegen den Ordnungsantrag stimmten die Fraktionen der Mitte und der SVP.

Strafrecht

Das Parlament will die frühzeitige Entlassung bei einer lebenslangen Haftstrafe erschweren. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion angenommen. Wer zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wird, solle nicht nach 15 Jahren wieder auf freien Fuss gesetzt werden. Der Entscheid im Nationalrat fiel mit 110 zu 60 Stimmen - gegen den Willen der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen. Die Motion verlangt weiter, dass die ausserordentliche bedingte Entlassung generell abgeschafft wird. Und zuletzt soll das Verhältnis von lebenslanger Freiheitsstrafe und Verwahrung geklärt und vereinfacht werden. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.

Öffentlichkeitsgesetz

Die Einsicht in amtliche Dokumente der Bundesverwaltung soll nach Ansicht des Nationalrats kostenlos sein. Er hat mit 132 zu 47 Stimmen bei einer Enthaltung einer entsprechenden Gesetzesänderung im Grundsatz zugestimmt. So soll für den Zugang nur dann eine Gebühr erhoben werden können, wenn der Aufwand der Verwaltung in keinem vertretbaren Verhältnis zum öffentlichen Interesse steht. Das entspreche weitgehend der heutigen Praxis, sagte Céline Widmer (SP/ZH) im Namen der Kommission. Es gehe darum, die gesetzliche Grundlage und die Praxis zu vereinheitlichen. Die FDP, die Mitte und der Ständerat lehnen die Änderung ab. Weil der Ständerat nicht auf die Vorlage eingetreten war, musste der Nationalrat noch einmal darüber befinden. Nun ist wieder der Ständerat am Zug.

Lex Koller

Der Bundesrat soll die überarbeitete Lex Koller dem Parlament unterbreiten. Dies fordert der Nationalrat. Er hat einem entsprechenden Vorstoss der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) mit 108 zu 69 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Der Bundesrat hatte das teilrevidierte Gesetz schon 2017 in die Vernehmlassung geschickt. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärte, der Bundesrat habe 2018 auf eine Vorlage verzichtet, weil eine Mehrheit der Kantone und der Vernehmlassungsteilnehmenden die Vorlage ablehnten. Der Bundesrat sei entsprechend nicht begeistert, diese Motion anzunehmen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Schweiz – China

In das aktualisierte Freihandelsabkommen mit China soll keine Menschenrechtsklausel aufgenommen werden. Der Nationalrat hat eine Motion der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N), die dies verlangte, mit 102 zu 84 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Bundespräsident Guy Parmelin erklärte, eine Aktualisierung des Abkommens in dieser Art und Weise sei nicht möglich, der Bundesrat suche einen anderen Weg. SP-Nationalrat Fabian Molina (ZH) gab zu bedenken, dass jegliche Aktualisierung des Freihandelsabkommens mit China ohne eine Menschenrechtsklausel nicht mehrheitsfähig sei. Die Motion hat sich erledigt.



Cybermobbing

Der Bundesrat soll aufzeigen, wie Cybermobbing und digitale Gewalt besser bestraft werden können. Konkret soll die Regierung prüfen, wie das Strafgesetzbuch entsprechend ergänzt werden kann. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Rechtskommission (RK-N) stillschweigend zugestimmt. Im Gesetzbuch stehe zwar Cybermobbing etwa als üble Nachrede, Beschimpfung, Drohung und Nötigung unter Strafe. Es genüge jedoch nicht, nur den Begriff "Cybermobbing" im Strafgesetzbuch (StGB) aufzuführen, findet die Rechtskommission. Dies löse die Nöte der Betroffenen nicht. Der Bundesrat muss sich an die Ausarbeitung des Berichts machen.

Forschung

Die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) hat künftig bei der finanziellen Unterstützung von Unternehmen mehr Spielraum. Allerdings sind sich die Räte nicht einig, wo die Bandbreite angelegt werden soll. Heute müssen Unternehmen die Hälfte der Kosten tragen. Geht es nach dem Bundesrat, soll die Beteiligung künftig zwischen 40 und 60 Prozent betragen. Der Nationalrat will aber er eine Bandbreite von 30 bis 50 Prozent. Dies hatte er bereits früher beschlossen, nun hielt er mit 133 zu 50 Stimmen daran fest. Eine Minderheit und der Ständerat lehnen dies ab. Der Ständerat muss nun nochmals darüber diskutieren.

Flüchtlinge

Der Bundesrat muss Möglichkeiten prüfen, um bei zwangsweisen Rückführungen von Personen nach Algerien den Seeweg benützen zu können. Dafür soll er mit Algerien eine Vereinbarung verhandeln und bei einem Transitland wie Frankreich, Italien oder Spanien um eine Bewilligung für den Meer-Zugang anfragen. Der Nationalrat stimmte einer entsprechenden Motion von Ständerat Damian Müller (FDP/LU) mit 116 zu 64 Stimmen zu. Der Ständerat hatte dieser bereits in der Frühlingssession Folge gegeben. Der Bundesrat muss sich nun an die Arbeit machen. Damit ein Asylsystem glaubwürdig sei, müssten Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerberinnen und -bewerbern vollzogen werden, sagte Matthias Samuel Jauslin (FDP/AG) im Namen der nationalrätlichen Staatspolitischen Kommission (SPK-N). Eine Minderheit von SP und Grünen stellte sich dagegen.

Covid-Zertifikatspflicht im Bundeshaus

Die Covid-Zertifikatspflicht gilt künftig auch im Parlamentsgebäude - allerdings mit einer Ausnahme: So soll jemand, der kein Covid-Zertifikat vorweisen kann - sprich, sich weder impfen noch testen lässt und auch nicht genesen ist -, das Parlamentsgebäude mit einer Maske betreten dürfen.

Nach dem Ständerat hat am Dienstag auch der Nationalrat der Pflicht mit dieser Ausnahme zugestimmt - mit 146 zu 27 Stimmen bei 17 Enthaltungen. Die Mehrheit war einverstanden mit der Ausnahme, weil die Parlamentsmitglieder einen vom Volk erteilten Auftrag zu erfüllen hätten und gemäss Gesetz verpflichtet seien, an den Sitzungen teilzunehmen. Sie könnten daher nicht vom Parlamentsgebäude ausgeschlossen werden. Ein Teil der SVP enthielt sich der Stimme. Beide Räte müssen noch über die Dringlichkeitsklausel abstimmen. Wenn die Vorlage am Freitag in der Schlussabstimmung angenommen wird, kann sie danach sofort in Kraft treten. Die Pflicht ist bis Ende 2022 begrenzt und gilt für alle Personen ab 16 Jahren. Diejenigen, die zwingend Zutritt zum Parlamentsgebäude haben, müssen die allfälligen Tests nicht selber bezahlen.



Kriminalität

Die Schweiz soll bei der Kriminalitätsbekämpfung einfacher Informationen mit EU-Staaten und den USA austauschen können. Der Nationalrat hat dem Prümer Vertrag, dem Eurodac-Protokoll und einem Abkommen mit den USA jeweils mit 1983 bzw. 184 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. In der Sommersession hatte bereits der Ständerat das Geschäft ohne Gegenstimme angenommen. Der Prümer Vertrag ist ein Abkommen unter Mitgliedstaaten der EU, das den Informationsaustausch verbessern soll, um Kriminalität effizienter zu bekämpfen. Eurodac ist die zentrale Fingerabdruckdatenbank der Europäischen Union in Asylangelegenheiten. Das dritte Abkommen mit dem Namen PCSC sieht den automatisierten Austausch von DNA-Profilen und Fingerabdrücken zwischen der Schweiz und den USA vor. Die Geschäfte sind bereit für die Schlussabstimmung.

Mein Votum für die SVP-Fraktion ist unter folgendem Link ersichtlich:

https://par-pcache.simplex.tv/content/5/9/167624/simvid_1.mp4



Verrechnungssteuer

Der Nationalrat will die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinserträgen weitgehend abschaffen und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufheben. Er hat eine entsprechende Reform angenommen. "Insgesamt hat die Reform ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis", sagte Leo Müller (Mitte/LU) im Namen der Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-N). Auch wenn die derzeitige Lage des Bundeshaushaltes schwierig sei, sei die Vorlage finanzpolitisch vertretbar, da sie nach Ausfällen in den ersten Jahren mittelfristig zu Mehreinnahmen führen sollte. Diese Haltung teilten die Fraktionen von SVP, Mitte, FDP und GLP. Rückweisungs- und Änderungsanträge von links scheiterten deutlich. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Vorlage mit 122 zu 68 Stimmen bei einer Enthaltung an. Mit der Reform beschäftigt sich als nächstes der Ständerat.



Klima

Der Nationalrat hat im Sinne einer Übergangslösung eine Verlängerung der CO₂-Reduktionsziele bis Ende 2024 beschlossen. Nach dem Nein des Stimmvolks zum neuen CO₂-Gesetz laufen diese Ende 2021 aus. Ab 2022 hätte die Schweiz somit kein gesetzliches Verminderungsziel für Treibhausgasemissionen mehr. Der Nationalrat hat das Bundesgesetz über die Reduktion von CO₂-Emissionen am Mittwoch mit 143 zu 53 Stimmen angenommen. Einzig die SVP stimmte geschlossen dagegen, weil ihr Antrag für einen tieferen Kompensationsaufschlag auf Treibstoffe nicht angenommen wurde. Der Rat wies sämtliche zusätzliche Begehren ab, die entweder eine Verschärfung oder eine Entschärfung der Vorlage verlangten. "Schaffen wir eine schlanke und mehrheitsfähige Übergangsvorlage", brachte es Stefan Müller-Altermatt (Mitte/SO) auf den Punkt. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Pflege

Braucht die Pflege einen neuen Verfassungsartikel oder Lösungen auf Gesetzesebene? Über diese Frage hat der Nationalrat diskutiert. Die Debatte über die angespannte Situation in der Pflege glich zeitweise einem Abstimmungspodium. Am 28. November nämlich können Volk und Stände über die Pflegeinitiative abstimmen. Wird sie abgelehnt, kommt der indirekte Gegenvorschlag zum Zug. Entsprechend weibelten SP, Grüne und GLP für die Annahme der Initiative. Es gebe viele Forderungen, die im Gegenvorschlag nicht aufgenommen seien, sagte etwa Melanie Mettler (BE) im Namen der GLP. Die Notwendigkeit zum Handeln sei ja unbestritten, entgegnete SVP-Nationalrat Albert Rösti (BE). Nur forderten die Linke und die Mitte mit der Pflegeinitiative die Taube auf dem Dach, "während wir den Spatz in der Hand hätten". Im Gegenvorschlag sei "ja alles drin". Mit der Initiative bleibe nur ein "schöner Verfassungsartikel".

Bundesanwalt

Bundesanwaltschaft: Der neue Bundesanwalt für die Amtsperiode 2020-2023 heisst Stefan Blättler. Die Vereinigte Bundesversammlung hat den Nachfolger von Michael Lauber glanzvoll mit 206 von 208 gültigen Stimmen gewählt. Die Wahl des 62-jährigen Berner Polizeikommandants galt als sicher. Das Parlament folgte mit diesem Entscheid dem Vorschlag seiner Gerichtskommission; diese hatte den parteilosen Blättler auf einem Einerticket zur Wahl empfohlen. Alle Fraktionen unterstützten die Kandidatur.

Bundeshausfraktionen schwärmen in die ganze Schweiz aus

Die Bundeshausfraktionen hat es bei ihren Ausflügen am Mittwoch nach Basel, an den Neuenburgersee, in den Kanton Aargau, nach Sitten VS, nach Niederbipp BE sowie nach Zürich gezogen. Wegen der Corona-Pandemie fanden die Fraktionsausflüge ausnahmsweise im Herbst statt.

Die SVP-Fraktion besuchte einen Gemüsebaubetrieb in Niederbipp BE und begab sich anschliessend zum Nachtessen auf den Weissenstein oberhalb von Solothurn, wie diese der Nachrichtenagentur Keystone-SDA auf Anfrage mitteilte.

Die Grünliberalen schauten sich den Basler Rheinhafen genauer an.

Die Sp zog es ans Südufer des Neuenburgersees auf Exkursion in die Rebberge von Cheyres FR und später zum Apéro und Nachtessen nach Estavayer FR.



Beim Apéro im "Café de la Gare" schenkte Fraktionschef Roger Nordmann dem ehemaligen Parteipräsidenten und künftigen Post-Präsidenten Christian Levrat unter einigem Gelächter der Anwesenden ein Kinderpost-Spiel, wie ein Ausschnitt von Keystone-SDA-Video zeigte. Damit könne er sich am Wochenende schon mal auf sein neues Amt vorbereiten.

Die freisinnige Abordnung reiste inklusive ihrer beiden Bundesratsmitglieder Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis in den Kanton Aargau und liess sich das Paul Scherrer Institut (PSI) und die Grossforschungsanlage SLS (Synchrotron Lichtquelle Schweiz) zeigen.

Die Grüne Fraktion hat sich die Walliser Kantonshauptstadt Sitten ausgesucht, wo sie zwei Umwelt- und Energieprojekte besichtigte.

Die Mitte schliesslich zog es nach Zürich an die ETH, wo die Fraktion von ETH-Präsident Joël Mesot empfangen wurde, wie ein auf Twitter publiziertes Bild zeigte. Später verschob sich die Fraktion ins Landesmuseum zum Abendessen.

1,3 Milliarden Steuerfranken an die EU

Die Schweiz wird den seit zwei Jahren ausstehenden Kohäsionsbeitrag in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken an die EU auszahlen. Nach dem Ständerat hat am späten Donnerstagabend auch der Nationalrat entschieden, die entsprechenden Rahmenkredite ohne neue Bedingungen freizugeben. Am Ende war das Verdikt deutlich: Mit 131 zu 55 Stimmen bei einer Enthaltung nahm die grosse Kammer die Vorlage an. Die Gegner - neben der SVP auch einzelne Vertreterinnen und Vertreter der Mitte - waren mit ihren Anträgen chancenlos.

Die SVP lehnt die Zahlung dieser 1,3 Milliarden Steuerfranken mit Verweis auf die Bereiche entschieden ab, in denen die EU unser Land diskriminiert:

- bis heute verweigert Brüssel die Börsen-Äquivalenz;
- Mitte Juli hat die EU-Kommission die Schweiz vom Forschungsprogramm Horizon Europe ausgeschlossen, obwohl dieses Teil der Bilateralen I ist;
- Brüssel verweigert die Anerkennung von Herkunftszertifikaten bei der Wasserkraft;
- auch die Nutzung der EU-Datenbank Eudamed für Problemmeldungen mit Medtech-Produkten sowie die Anerkennung von Konformitätsbescheinigungen (Mutual Recognition Agreement, MRA; ebenfalls Teil der Bilateralen I) werden der Schweiz verweigert;
- im Strombereich behindert die EU die Zusammenarbeit der Schweiz mit ihren Nachbarstaaten, um z.B. auf technischer Ebene sogenannte ungeplante «Loop Flows» durch die Schweiz zu verhindern.

Die SVP lehnte diese Bücklings-Milliarde auf dem Rücken der Schweizer Steuerzahlenden schon immer entschieden ab. Insbesondere lehnt es die SVP ab, die bislang freiwillige Zahlung der Kohäsionsmilliarde in eine zwingende Marktzutritts-Prämie umzuwandeln, wie dies der Bundesrat vorsieht, um in Brüssel nach dem Verhandlungsabbruch zum Rahmenvertrag gut Wetter zu machen.



Die Steuergelder müssen den Menschen in der Schweiz zugutekommen

Kein Land der Welt bezahlt solche Marktzutritts-Prämien. Zudem wäre die Schweiz bald mit ähnlichen Forderungen anderer Länder konfrontiert. Hinzu kommt, dass unsere Exportindustrie dies gar nicht nötig hat – Schweizer Produkte werden im Ausland aufgrund ihrer herausragenden Qualität gekauft und nicht, weil die Schweiz dafür bezahlt. Weil die EU mehr Güter in die Schweiz exportiert als umgekehrt, müsste die Schweiz von der EU im Gegenzug ebenfalls die Bezahlung einer Marktzutritts-Prämie fordern.

Aus Sicht der SVP müssen die 1,3 Milliarden Steuerfranken der Schweizer Bevölkerung zugutekommen – etwa für die Sicherung unserer Sozialwerke. Folgende Frage habe ich meinem Ratskollegen Roger Köppel gestellt:



ZUBERBÜHLER DAVID

Nationalrat
Appenzell A.-Rh.
Fraktion der Schweizerischen
Volkspartei (V)

 VIDEO ZUM VOTUM

 VOTUM DRUCKEN

Zuberbühler David (V, AR): Herr Kollege Köppel, ist es korrekt, dass es in der Schweiz Tausende, wenn nicht gar Hunderttausende von AHV-Rentnerinnen und -Rentnern gibt, die ein Leben lang gearbeitet und AHV- und Sozialbeiträge bezahlt haben und denen trotz allem nicht genug zum Leben bleibt? Wäre dieses Geld bei diesen Leuten nicht viel besser investiert?

Schweiz-EU

Der Bundesrat soll dem Parlament in der kommenden Wintersession die Finanzierungsbotschaft für die Vollassoziierung an das EU-Programm Erasmus plus vorlegen. Der Nationalrat hat als Erstrat eine entsprechende Motion mit 131 zu 48 Stimmen angenommen - gegen den Willen von SVP und Bundesrat. Erasmus plus ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. Schweizer Studierende können mit dem Programm an EU-Universitäten ein Austauschsemester machen und die Leistungen an Schweizer Universitäten anrechnen lassen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Regionalverkehr

Der Nationalrat unterstützt den öffentlichen regionalen Personenverkehr (RPV) bis Ende 2025 mit knapp 4,4 Milliarden Franken. Als Erstrat hat er dem entsprechenden Verpflichtungskredit für die Jahre 2022 bis 2025 mit 173 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt. Das sind 250 Millionen Franken mehr als in der laufenden Vierjahresperiode. Sämtliche Aufstockungs- und Kürzungsanträge lehnte der Rat ab. Das gesprochene Geld soll die Hälfte der ungedeckten Kosten im RPV für die Jahre 2022 bis 2025 decken. Separat aufgearbeitet werden die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Schweiz-Afghanistan

Der Nationalrat hat eine dringliche Debatte zu Afghanistan und zur Zuwanderung durchgeführt. SP, Grüne und Grünliberale wollten mehr Kontingentsflüchtlinge aus Afghanistan oder den umliegenden Staaten aufnehmen, SVP, FDP und Mitte nicht.



Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärte, das UNHCR habe im Hinblick auf das nächste EU-Ministertreffen zu Afghanistan der Staatengemeinschaft geschrieben mit der Bitte, das Resettlement-Kontingent für Menschen aus Pakistan und anderen umliegenden Ländern zu erhöhen. Es sei eine "unspezifische Anfrage" gewesen, erklärte sie. Die Schweizer Resettlement-Gruppe, die diese Anfrage prüfe, sei jedoch einer weiteren Aufnahme gegenüber kritisch eingestellt. Bei der Botschaft in Islamabad in Pakistan und Teheran im Iran sei eine Vielzahl von Anträgen von humanitären Visa eingereicht worden, deshalb sei das Personal aufgestockt worden.

Konkurse

Ein ganzes Paket von Massnahmen soll missbräuchliche Konkurse und Schädigungen von Gläubigern weiter erschweren. Der Nationalrat hat als Zweitrat der entsprechenden Gesetzesvorlage mit 137 zu 48 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt. Er will aber weniger weit gehen als der Ständerat. Bei den umstrittenen Punkten geht es um den Mantelhandel, das sogenannte Opting-out (Revisionsverzicht) sowie das vom Bundesrat vorgeschlagene Wahlrecht der öffentlichen Hand zur Fortführung von Betreibungen. Staatliche Gläubiger sollen gemäss Vorschlag des Bundesrats zwischen Konkurs und Pfändung wählen können. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung an den Ständerat.

Unterirdischer Güterverkehr

Die gesetzliche Grundlage für den unterirdischen Gütertransport kann frühestens in der nächsten Session bereinigt werden. Der Nationalrat schwenkte nur bei einer von zwei noch offenen Differenzen auf die Lösung des Ständerats ein. Strittig bleibt weiterhin die Frage zum Vorgehen bei Enteignungen, wenn Interessen von bundesnahen Betrieben tangiert sind. Geeinigt haben sich die Räte darauf, dass die Kommission für den Eisenbahnverkehr (Railcom) für Streitigkeiten zur diskriminierungsfreien Berechnung des Preises zuständig sein soll. Das Gesetz soll die Grundlage bilden für das private Projekt "Cargo sous terrain". Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

Ruhezeiten für Fahrer von leichten Lieferwagen

Im gewerbsmässigen Strassengüterverkehr sollen sich Fahrer von leichten Lieferwagen analog zum Schwerverkehr an Ruhezeiten halten müssen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einem entsprechenden Vorstoss mit 124 zu 53 Stimmen zugestimmt. Analog zum EU-Mobilitätspaket solle die Schweiz die Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen für Fahrer von Lieferwagen ab 2,5 Tonnen im Strassengütertransport regeln. Dabei soll der Bundesrat den grösstmöglichen Spielraum ausloten, um eine einfache und kostengünstige Lösung zu suchen. Auf eine strengere und vorzeitige Umsetzung der künftigen EU-Vorschriften, also einen "swiss finish", soll er verzichten.

Stempelsteuer

Die Stempelabgabe auf dem Umsatz von inländischen Urkunden und auf der Zahlung von Lebensversicherungsprämien wird nicht abgeschafft. Der Nationalrat ist mit 182 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen nicht auf die Vorlage eingetreten. Das Geschäft ist damit erledigt. Die Abschaffung der Stempelsteuer auf Eigenkapital beschloss das Parlament bereits in der Sommersession. SP, Grüne und Gewerkschaften haben das Referendum ergriffen.



Service Public

Der Bundesrat muss mit einem Gesetz die Oberaufsicht über Unternehmen mit einem Grundversorgungsauftrag (Service public) neu regeln. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion gutgeheissen. Es stelle sich immer wieder die Frage, welche Aufgaben bundesnahe Betriebe ausserhalb ihres Grundversorgungsauftrags übernehmen dürften. Der Bundesrat stellte sich gegen das Anliegen und verwies auf die Eignerpolitik des Bundes. Auf diesem Weg könne rascher auf neue Entwicklungen reagiert werden und das Parlament könne seine Anliegen so einfacher einbringen. Der Vorstoss geht nun an den Bundesrat.

Covid-Zertifikatspflicht im Bundeshaus

Die Covid-Zertifikatspflicht gilt künftig auch im Parlamentsgebäude - allerdings mit einer Ausnahme: So soll jemand, der kein Covid-Zertifikat vorweisen kann, das Parlamentsgebäude mit einer Maske betreten dürfen. Nachdem das Parlament einer entsprechenden Vorlage zugestimmt hatte, bejahte nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat deren Dringlichkeit - mit 143 zu 35 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung. Die neue Regelung soll ab Samstag gelten.

Astronomie

Die Schweiz soll vollumfänglich von Daten und Experimenten des empfindlichsten Radioteleskops der Welt profitieren können. Der Nationalrat hat als Erstrat einer Vollmitgliedschaft beim "Square Kilometre Array Observatory" (Skao) zugestimmt. Das soll knapp 25 Millionen Franken mehr kosten als ursprünglich bewilligt. Der Rat hiess die Vorlage mit 162 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung gut. Das Geschäft im Gesamtumfang von 33,6 Millionen Franken geht nun an den Ständerat. Mit Skao sollen die Entstehung der ersten Sterne und Galaxien erforscht und einige der grössten Rätsel des Universums entschlüsselt werden.

Garantiefristen

Eine Mehrheit des Nationalrats möchte, dass die Garantiezeit für Geräte und Produkte in der Schweiz von heute zwei auf fünf Jahre erhöht wird. Die grosse Kammer hat eine entsprechende Motion von Marianne Streiff-Feller (EVP/BE) mit 100 zu 87 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Eine Ausdehnung der Frist würde laut der Motionärin sicherstellen, dass Unternehmen ein Interesse daran haben, die Lebensdauer ihrer Produkte zu verlängern. Justizministerin Karin Keller-Sutter äusserte erfolglos grundsätzliche Bedenken zur Massnahme und verwies überdies auf eine laufende Gesamtanalyse zur grünen Wirtschaft, die Ende 2022 vorliegen soll. Der Vorstoss geht an den Ständerat.

Chemikalien

Gefährliche Chemikalien sollen in der Schweiz unter Bedingungen weiterverwendet werden dürfen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für eine Anpassung im Anhang der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung ausgesprochen. Die grosse Kammer präziserte jedoch den Motionstext. Demnach muss die Verwendung ohne Emissionen in die Umwelt und ohne Exposition von Menschen erfolgen. Zudem schränkt der Nationalrat den Geltungsbereich der Ausnahmeregelung ein: Nur Stoffe für die Herstellung von Chemikalien und Heilmitteln sollen unter den genannten Voraussetzungen verwendet werden dürfen. Die abgeänderte Motion geht zurück an den Ständerat.



Flugverkehr

Der jährliche Bundesbeitrag an die Regionalf Flughäfen wird im Gesetz verankert. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion von Benedikt Würth (Mitte/SG) angenommen. Damit soll den Regionalf Flughafen eine gewisse Planungs- und Finanzierungssicherheit gegeben werden. Die Mehrheit in beiden Räten wies darauf hin, dass die zivile Luftfahrt aufgrund von Corona eine schwere Krise durchlebe und sich gerade auch die kleinen und regionalen Flughäfen in einer ausserordentlich schwierigen Situation befänden. Der Vorstoss geht nun an den Bundesrat.

Verkehr

In der Schweiz dürfen künftig Jugendliche ab 16 Jahren vierrädrige Leichtmotorfahrzeugen mit einer Höchstgeschwindigkeit von maximal 45 Kilometern pro Stunde (km/h) fahren. Der Nationalrat hat dies als Zweitrat diskussionslos gutgeheissen. Durch eine Anpassung der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) werden die für die verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer geltenden Vorschriften besser aufeinander abgestimmt. Zudem werden sich die Schweizer Regeln denjenigen der Nachbarländer annähern. In den meisten Ländern dürften diese Fahrzeuge ab 16 Jahren gefahren werden. In der Schweiz muss man aktuell 18 Jahre alt sein.

Schlussabstimmungen

27 Vorlagen haben der National- und der Ständerat am Freitag zum Ende der Herbstsession parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter sind etwa die indirekten Gegenvorschläge zur Korrektur-Initiative und zur Organspende-Initiative oder die neuen Regeln für Tabakwerbung.

Bern, im Oktober 2021

David Zuberbühler